



*Schritt*macher

Zeitung der DKP Berlin für die Beschäftigten im Gesundheitswesen *Oktober 2019*



➤ **Vor einigen Wochen tagte der 5. Bundeskongress der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di). Der Fokus der bundesdeutschen Medien lag auf dem Wechsel im Vorsitz. Der erste Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft Frank Bsirske übergab den Staffelstab an seinen bisherigen Stellvertreter Frank Wernicke. Der Fokus lag nicht zuletzt deswegen auf diesem Wechsel, da mit Frank Bsirske der einzige Vorsitzende einer DGB-Gewerkschaft abtrat, der auch Mitglied der Partei „Bündnis90/Die Grünen“ war - Frank Wernicke hingegen ist SPD-Mitglied. Dieser machte aber deutlich, dass er an dem bisherigen inhaltlichen Kurs der Gewerkschaft mit „großer Integrität und Sachlichkeit“ festhalten will. Fast alle im**

Vorstand erhielten eine große Zustimmung durch die Delegierten und können mit starker Rückendeckung an die Umsetzung der beschlossenen Inhalte gehen.

Inhaltlich bestimmte den Kurs der Gewerkschaft der Bundeskongress, auf dem durch die Antragsdiskussion einige soziale und politische Schwerpunkte – auch anders als es die Kongressregie geplant hatte – neu gesetzt wurden. So wird sich ver.di künftig nicht nur für die Gleichbehandlung von Leiharbeitern einsetzen, sondern ver.di fordert langfristig die Abschaffung der Leiharbeit. Auch die Frage der Arbeitszeitverkürzung unterlag einer intensiven Diskussion. Es konnte zwar nicht die generelle Forderung von einigen Delegierten nach einer 30-Stundenwoche bei

➔ **Fortsetzung auf Seite 2**



UNIONBUSTING BEI VIVANTES

Volker Gernhardt war lange Jahre Betriebsrat beim Berliner Klinikkonzern Vivantes. Er kennt also die Probleme seiner KollegInnen, weis um die Gefährdungsanzeigen wegen zu wenig Personal. Anhand der öffentlich aushängenden Dienstpläne glich er die reale Besetzung auf einzelnen Stationen mit der Pflegepersonalregelung der 90er Jahre ab: Zum Teil waren 30-40 Prozent weniger KollegInnen im Dienst als notwendig. Diese Informationen gab er auch an Medien, konkret an den RBB, weiter. Die Leitung von Vivantes reagierte – aber nicht mit mehr Personal, sondern drohte mit rechtlichen Schritten und der Aufforderung an Gernhardt, die Informationen nicht weiter zu verbreiten und die Informanten aus der Belegschaft zu nennen.

Gernhardt kann dem wohl gelassen entgegen sehen, waren doch alle Informationen öffentlich zugänglich und Personaldaten wurden selbstverständlich nicht weiter gegeben. Doch bleibt es ein Unding, dass Vivantes hier denjenigen, der Mißstände aufdeckt, verfolgt, statt diese abzustellen und mehr Personal einzustellen.



DER NACHFOLGER

Heyo Kroemer folgt nach 11 Jahren und langer Suche Karl Max Einhäupl als Chef an der Charité. Vorher war der Pharmakologe Dekan der Medizinischen Fakultät und Vorstandssprecher der Universitätsmedizin Göttingen (UMG), seit dem 1. September 2019 ist der gebürtige Ostfrieser nun Vorstandsvorsitzender der Charité Berlin. Viel Lob gab es vom Regierenden Bürgermeister Müller für den scheidenden Karl Max Einhäupl. Als der vor elf Jahren die Klinikleitung übernommen habe, erwirtschaftete die Klinik Verluste, heute mache sie Gewinn. Er zeigte sich optimistisch, dass Kroemer diesen Erfolg fortsetze. Also eher keine guten Nachrichten für das Personal: Denn wo der Profit die Meßlatte ist, fallen Beschäftigte und Patienten hinten runter. Auch was die inhaltliche Ausrichtung der Charité angeht, darf man gespannt sein, denn laut Wikipedia wurde das Postgraduale Studium von Kroemer in den USA vom Wissenschaftsausschuß der NATO gefördert.

Man darf also gespannt sein, welchen Weg die Charité gehen wird und welches Selbstverständnis sie hat: Will man hochprofitable Hochleistungsmedizin abliefern, die international Beachtung findet, oder will man wichtiger Baustein bei der Versorgung der Bevölkerung Berlins und des Umlandes sein?

Festzustellen ist, dass auch bei ver.di Diskussionen mit gesellschaftspolischem Format zugenommen haben

➔ *Fortsetzung von Seite 1*

vollem Lohn- und Personalausgleich durchgesetzt werden, aber dennoch soll dies breit diskutiert werden. Von den Antragstellern wird dies als Erfolg gewertet, da damit eine Grundsatzdiskussion um die Fragen der Arbeitszeitgestaltung verbunden wird. Schließlich setzten die Delegierten in der Frage der Rentengestaltung eine deutliche Korrektur durch. Ver.di setzt sich so künftig für ein Rentenniveau von 53 Prozent und einer abschlagsfreien Rente ab 63 Jahren ein.

Festzustellen ist, dass auch bei ver.di Diskussionen mit gesellschaftspolischem Format zugenommen haben, da die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft deutlich zu Tage treten und in den verschiedenen Themen auch so gesehen werden. Festgelegt hat sich der Bundeskongress beispielsweise in der Forderung nach Rekommunalisierung. Die Delegierten sprachen sich nicht nur gegen weitere Privatisierungen aus, sondern auch für die Rückführung bereits privatisierter Dienstleistungen in die öffentliche Hand aus. Dieser Beschluss ist die Forderung nach einer Kehrtwende in der staatlichen neoliberalen Wirtschaftspolitik und deren katastrophalen Auswirkungen der letzten Jahrzehnte.

Eine positive Bilanz zog der Gewerkschaftstag für bezüglich des Engagements der Kolleginnen und Kollegen im Gesundheitswesen. Mit dem Start der „Aktion 162.000 fehlen“ 2015 sei es gelungen, die Probleme durch fehlende Fachkräfte in den Krankenhäusern in die Öffentlichkeit

zu rücken und Druck auf Unternehmen und Politik auszuüben. Inzwischen haben zahlreiche Unternehmen so genannte Entlastungstarifverträge abgeschlossen. Hier wird auch in Zukunft ein Schwerpunkt von ver.di liegen. Die Erfolge können beispielhaft genannt werden: Denn wer mit Biss und Ausdauer an einem Thema dranbleibt, kann auch Erfolge verzeichnen.



AUFRUF AN DIE SCHRITTMACHER-LESERSCHAFT

Liebe Leserin, lieber Leser, seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der alle 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel.: 030.29783132
Büroöffnungszeiten:
Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr
Mail: info@dkp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion



Der Fachkräftemangel in der Pflege ist in aller Munde. Ein Grund für den Mangel sind die Arbeitsbedingungen, unter denen Pflege gegenwärtig geleistet wird. Deshalb hatten sich verschiedene Ministerien, die Länder, Verbände aus dem Bereich Pflege, Krankenhäuser, Kirchen sowie Pflege- und Krankenkassen zur Festlegung konkreter Schritte zur Konzentrierten Aktion Pflege zusammengetan. Im Ergebnis braucht es in Zukunft mehr Ausbildung, mehr Personal, mehr Geld, mehr Verantwortung für die Pflegekräfte sowie mehr Digitalisierung.

Auf Berliner Ebene hatte Gesundheits- und Pflegesenatorin Kalayci die Verantwortlichen im Bereich Pflege zusammengerufen, die dann im April dieses Jahres den „Berliner Pakt für die Pflege“ unterzeichneten, um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten attraktiver zu machen und gemeinsam ein Zeichen für die Fachkräftesicherung in der Berliner Pflegelandschaft zu setzen.

Einen großen Schritt in Richtung mehr Ausbildung wollen nun in Berlin künftig Charité und Vivantes gemeinsam gehen. Dafür werden sie ihre Pflegeschulen auf einem neuen Berliner Bildungscampus für Gesundheitsberufe zusammenführen und darüber hinaus die Ausbildungskapazitäten nahezu verdoppeln. Ab 2025 sollen sich dann etwa 3.000 Auszubil-

dende auf dem Campus in Spandau tummeln. Auch 750 Wohnheimplätze sind vorgesehen - im Hinblick auf die angespannte Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt sicher eine gute Investition. Das Schulgeld wurde bereits im Vorfeld durch das Pflegeberufegesetz abgeschafft, ebenso wurde verbindlich die Zahlung einer Ausbildungsvergütung durch den Träger der praktischen Ausbildung eingeführt. Bereits ab 2020 soll eine gemeinnützige GmbH ihre Arbeit aufnehmen, um das Vorhaben von Charité und Vivantes umzusetzen. Zur Finanzierung des Vorhabens wurde ein Subventionsantrag bei der Wirtschaftsverwaltung gestellt. Zudem will das Land einen Zuschuss von 500 Euro für jeden geschaffenen Ausbildungsplatz zahlen. Gesundheitsministerin Kalayci setzt auf den Vorbildcharakter der öffentlichen Krankenhauskonzerne Charité und Vivantes und darauf, dass auch private und gemeinnützige Anbieter ihre Aktivitäten in Sachen Ausbildung verstärken. So wurde es von den Verantwortlichen im „Berliner Pakt für die Pflege“ vereinbart. Darüber hinaus verpflichteten sich die Unterzeichner des Paktes zum konkreten Handeln in Sachen Vergütung, Gesundheitsmanagement und Familienfreundlichkeit. Denn gute und würdevolle Pflege braucht attraktive Arbeitsbedingungen, die den Beschäftigten Motivation und Wertschätzung bieten und den Pflegekräften langfristig eine zufriedenstellende und gesunde Tätigkeit ermöglicht.



AUS DEM BETRIEBSAKTIV „GESUNDHEIT“

Im Betriebsaktiv „Gesundheit“ der DKP Berlin treffen sich einmal im Monat Aktive, die beruflich oder politisch mit dem Gesundheitswesen zu tun haben. Aktuelle politische Entwicklungen im Gesundheitswesen und darüber hinaus sowie konkrete Bedingungen und Arbeitskämpfe in den Betrieben der Aktiven werden genauso beraten wie unsere Vorstellungen von einem kommunistischen Gesundheitswesen. Alle zwei Monate erstellen wir diesen Schrittmacher, um darüber zu berichten, Diskussionen unter den Beschäftigten zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und zur Wahrnehmung ihrer Rechte anzuschließen und natürlich auch, um den Kreis unserer Aktiven zu erweitern. Gegenwärtig werden auf Bundesebene gesundheitspolitische Positionen von Kommunistinnen und Kommunisten insbesondere zum Schwerpunkt Krankenhaus, aber auch zu Themen wie Altenpflege und gemeinsame Selbstverwaltung erarbeitet - dabei unterstützen wir. Auch an der Gestaltung des Sommerfestes der DKP Berlin waren Genossinnen und Genossen beteiligt und haben mit dem Beitrag „Ein gepflegtes Gespräch“ die Arbeitsbedingungen des Personals in den Krankenhäusern und in der ambulanten Pflege ins Visier genommen und auch Themen wie Personalbemessung und das Fallpauschalensystem erörtert. Interessierte sind natürlich herzlich willkommen, mitzudiskutieren und Ideen einzubringen.



ARM UND REICH

Der Verteilungsbericht 2019 des DGB macht es deutlich: Die Ungleichheit in Deutschland ist gravierend. Zwar haben sich die Verdienste der letzten Jahre durchaus positiv entwickelt. Bei genauerem Hinsehen wird jedoch deutlich, dass vor die unteren Einkommensgruppen kaum etwas abbekommen haben. Heute lebt rund jeder sechste Mensch in Deutschland unterhalb der Armutsgrenze.

Ein Blick auf die Vermögen der Haushalte zeichnet ein noch dramatischeres Bild. So verfügen die vermögendsten 10 % der Gesellschaft heute über rund 65 % des Gesamtvermögens, während rund 40 % der Bürger*innen über nahezu kein Vermögen verfügen. Das reichste Prozent besitzt genauso viel Vermögen wie 73 Millionen Bundesbürger zusammen. Würden hier die Vermögen wie im internationalen Durchschnitt besteuert, stünden 30 Mrd. Euro zusätzlich für Klimaschutz und öffentliche Infrastruktur zur Verfügung.



Kontakt & Impressum:

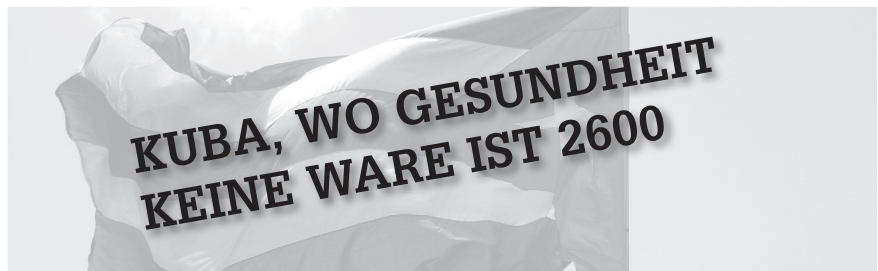
Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dkp-berlin.info

Web: www.dkp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



↪ In der Bundesrepublik wird es für immer größere Teile der Gesellschaft immer schwieriger und unerschwinglicher, eine adequate Gesundheitsversorgung zu erhalten. Die konsequenteste Auswirkung läßt sich letztendlich statistisch erfassen: Wer ärmer ist, stirbt früher.

An dieser Verfaßtheit der Gesundheitssysteme in den kapitalistischen Ländern übte Bruno Rodríguez, der kubanische Außenminister, bei einem Arbeitstreffen zu globaler Gesundheit während der UNO-Generalversammlung scharfe Kritik. Der Kapitalismus stehe einer angemessenen Versorgung entgegen. Um diese abzusichern, könnten nicht Profitinteressen von Konzerne ausschlaggebend sein, sondern der Staat müsse größere Verantwortung tragen und die Ausgaben im Gesundheitswesen erhöhen. Gesundheit werde aber stattdessen als Ware und nicht als ein Menschenrecht betrachtet.

Das ein anderer Weg bei entsprechendem politischem Willen möglich ist, zeige das Entwicklungsland Kuba, dem es gelungen sei "ein einzigartiges, kostenloses und für 100 Pro-

zent der Bevölkerung zugängliches öffentliches Gesundheitssystem zu errichten". Weitere Verbesserungen würden durch die völkerrechtswidrige Handels-, Wirtschafts- und Finanzblockade der USA gegen Kuba verhindert. Diese behindere den Kauf von Medizintechnik und Medikamenten.

Rodríguez beklagte ebenso die mangelnde Unterstützung für ärmere Länder: 50% der Weltbevölkerung habe aktuell keinen Zugang zu medizinischer Grundversorgung. Rodríguez forderte eine konzertierte Aktion der internationalen Gemeinschaft, um dies zu ändern. Im Moment leisten 29582 Kubaner in 65 Ländern der Welt medizinische Hilfe. Eine Hilfe, die für viele im globalen Süden überlebenswichtig ist. Besonders perfide sei, dass Donald Trump derzeit "große Anstrengungen, um Kubas internationale medizinische Zusammenarbeit zu diskreditieren und zu sabotieren" unternahme, so Rodríguez. So behauptete die US-Regierung wahrheitswidrig, die Mediziner seien nicht freiwillig im Einsatz. Dabei beruhe jede Mission auf humanistischen Prinzipien und absoluter Freiwilligkeit konterte die kubanische Regierung diese Lüge.

